

Presseunterlagen

„Neoliberale Politik und ihre Folgen – was braucht es aus Arbeitnehmersicht?“

Termin: Dienstag, den 27. November 2018

Beginn: 10.30 Uhr

Ort: Hotel Martinspark, Dornbirn

GesprächspartnerInnen:

- **LAbg. Manuela Auer**, AK-Vizepräsidentin
- **Mag. Dr. Stephan Schulmeister**, Ökonom



VORARLBERG

Schulmeister und Auer: Europäisches Sozialmodell erneuern!

Dornbirn (FSG) Seit 45 Jahren nehmen Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Armut zu. Der Sozialstaat wurde geschwächt, Millionen Menschen in Europa leiden Not. Was hat die herrschende Wirtschaftstheorie damit zu tun? Weshalb vertiefen ihre Empfehlungen die Krise, und wie kommen wir aus diesem Teufelskreis wieder heraus?

Auf diese Fragen gab der Ökonom Mag. Dr. Stephan Schulmeister im Rahmen eines Pressegesprächs in Dornbirn Antworten. Gemeinsam mit AK-Vizepräsidentin LAbg. Manuela Auer erläuterte der ehemalige WIFO-Ökonom Stephan Schulmeister die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Finanzkapitalismus. Gemeinsam forderten Schulmeister und Auer einen „New Deal“ für Europa.

Bis in die 1970er Jahre herrschte in Europa Vollbeschäftigung, der Sozialstaat wurde ausgebaut, die Staatsverschuldung sank. Basis war das Lernen aus der Weltwirtschaftskrise und (damit) eine solche „Spielanordnung“, die das Gewinnstreben systematisch auf realwirtschaftliche Aktivitäten lenkte. Diese Politik zielte auf eine Integration traditioneller Gegensätze ab, insbesondere durch Wohlfahrtsstaat und Sozialpartnerschaft.

Mit der Ent-Fesselung der Finanzmärkte begann laut Schulmeister der lange Weg in die gegenwärtige Krise Europas. Die Konsequenz sind 20 Millionen Arbeitslose, 100 Millionen atypisch Beschäftigte und der Aufstieg populistischer Bewegungen. Neue „Sündenböcke“, zunehmender Nationalismus und eine Des-Integration Europas sind für Schulmeister weitere Folgen.

Der Ökonom ist überzeugt davon, dass die nächste Finanzkrise die Chance für einen grundlegenden Kurswechsel in Europa bieten wird. Die wichtigsten Leitlinien seien eine radikale Besserstellung von unternehmerischen Aktivitäten in der Realwirtschaft im Vergleich zur „Finanzalchemie“ sowie die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells.

Ein Soziales Europa umfasst für Schulmeister die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und ihrer sozialen Integration, die Schaffung von erschwinglichem Wohnraum, die Verbesserung der Umweltbedingungen, neue Jobs "zwischen Markt und Staat", die Förderung gemeinschaftlicher Aktivitäten (Gemeinschaftsgärten, etc.), die Stärkung der sozialstaatlichen Alters- und Gesundheitsvorsorge sowie eine soziale Mindestsicherung in der Europäischen Union.

In der Übergangszeit müsse der Sozialstaat verteidigt werden. Dies gelte insbesondere für Österreich. Schulmeister: „Während in anderen Ländern der Angriff auf den Sozialstaat schon vor Jahren begonnen hat, wurde er in Österreich noch vergleichsweise wenig geschwächt. Dies könnte sich in den kommenden Jahren ändern. Wenn nämlich die Staatsquote gesenkt wird,



VORARLBERG

trifft es in erster Linie die Sozialausgaben und damit die Schwächeren. Die Bundesregierung fährt den Kurs einer neoliberalen Politik, und verpackt diese als soziale Politik für uns alle.“

Dagegen müssen wir uns als ArbeitnehmervertreterInnen unbedingt wehren, stellt AK-Vizepräsidentin Manuella Auer klar.

Für Auer sind viele Maßnahmen der Schwarz-Blauen Regierung Vorzeichen für den Wechsel von einer sozialen zu einer populistischen Demokratie. Als Beispiele nennt Auer die Streichung der Aktion 20.000, die Separierung von Flüchtlingskindern in Deutschklassen, die Kürzung von Deutschkursen, die Abschaffung der Notstandshilfe, die Ausweitung der Arbeitszeit auf 12 bzw. 60 Stunden, die Schwächung der ArbeitnehmerInnen in der Sozialversicherung oder auch die geplanten Kürzungen bei der Arbeiterkammer.

Im Gegenzug dazu würden Vermögende begünstigt, etwa durch die Senkung der Körperschaftssteuer (laut ÖVP-Programm eine Halbierung) oder die Senkung der Mehrwertsteuer für Tourismus-Betriebe.

Auch der von der Regierung vielgepriesene Familienbonus erweist sich bei näherem Hinsehen als unsoziale und ungerechte Maßnahme, die Besserverdienende fördert. Bei 2 Kindern verdienen weniger als 50 Prozent der betroffenen Familien so viel, dass sie den Bonus in der Höhe von 1500 Euro voll beanspruchen können. AlleinverdienerInnen bekommen überhaupt nur 250 statt 1500 Euro pro Kind.

Die Folge ist für Auer klar – die Schere zwischen Arm und Reich wird noch größer. Dem könne nur mit steuerlichen Regelungsmechanismen wie einer Finanztransaktionssteuer oder einer Vermögenssteuer entgegengewirkt werden. Die AK-Vizepräsidentin fordert abschließend die Überwindung des Finanzkapitalismus und die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells.

Stephan Schulmeister forschte von 1972 bis 2012 am Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO und gehört zu den bekanntesten Ökonomen Österreichs. Er kritisiert den Neoliberalismus als Ideologie im Interesse des Finanzkapitals.

In diesem Jahr veröffentlichte er das Buch „Der Weg zur Prosperität, in dem er mit dem Neoliberalismus ausführlich abrechnet.

Stephan Schulmeister referiert heute Abend ab 19 Uhr im Rahmen der Werkstattgespräche an der VHS in Götzis.

Dornbirn, am 27. November 2018